

Redaktion:

Prof. Dr. Franz Häuser,
Leipzig

Rechtsanwalt
Dr. Andreas Lange,
Frankfurt a. M.

Rechtsanwalt
Dr. Helmut Merkel,
Frankfurt a. M.

Rechtsanwalt
Dr. Jürgen Than,
Frankfurt a. M.

Arne Wittig,
Frankfurt a. M.

Redaktionsbeirat:

Stephan Steuer,
Berlin

Vors. Richter am BGH
Dr. Gero Fischer,
Karlsruhe

Rechtsanwalt
Dr. Wolfgang Gößmann,
Hamburg

Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. mult.
Klaus J. Hopt,
Hamburg

Rechtsanwalt
Jochen Lehnhoff,
Berlin

Rechtsanwalt
Prof. Dr. Hans-Jürgen Lwowski,
Hamburg

Prof. Dr. Peter O. Mülbart,
Mainz

Richter am BGH a.D.
Dr. Joachim Siol,
Ettlingen

AUS DEM INHALT:

Seite 2373

Univ.-Prof. Dr. Stefan Smid, Kiel
Globalzession der Forderungen und Liquidität des
schuldnerischen Unternehmensträgers nach Antrag-
stellung

Seite 2380

Wiss. Mitarbeiter Alexander Hellgardt,
B.A., Hamburg, und
Wiss. Angestellter Christian Friedrich Majer, Tübingen
Die Auswirkungen nichtiger Grundverhältnisse
auf die Vollmacht

Seite 2386

BGH, 30.9.2004
Zum Umfang einer Bürgschaft gemäß § 7 MaBV;
zur Auslegung des Musters einer Freistellungs-
erklärung der Bundesnotarkammer

Seite 2390

BGH, 4.10.2004
Keine Entziehung eines mitgliedschaftlichen
Mitarbeitsrechts eines Kommanditisten ohne
Vorliegen eines wichtigen Grundes

Seite 2399

BGH, 21.10.2004
Zur Annahme eines Fernabsatzvertrages, wenn bei
Vertragsschluss ein Bote eingeschaltet wird, der zwar
in unmittelbarem Kontakt zum Verbraucher tritt, je-
doch über den Vertragsinhalt keine näheren Auskünfte
geben kann und soll

Seite 2414

Deutsche Rechtspolitik aktuell

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Univ.-Prof. Dr. Stefan Smid, Kiel

Globalzession der Forderungen und Liquidität des schuldnerischen Unternehmensträgers nach Antragstellung – Überlegungen zur Sicherheitenverwertung im Eröffnungsverfahren nach geltendem Recht und dem Referentenentwurf zur Änderung der InsO –

2373

Wiss. Mitarbeiter Alexander Hellgardt, B.A., Hamburg, und Wiss. Angestellter Christian Friedrich Majer, Tübingen

Die Auswirkungen nichtiger Grundverhältnisse auf die Vollmacht – Eine rechtsdogmatische Einordnung und Bewertung der neueren BGH-Rechtsprechung zu den Bauherren- und Erwerbermodellen –

2380

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

Bundesgerichtshof 30.9.2004 Zum Umfang einer Bürgschaft gemäß § 7 MaBV; zur Auslegung des Musters einer Freistellungserklärung der Bundesnotarkammer 2386

OLG Frankfurt a.M. 23.4.2004 Zur Zulässigkeit der Bankgarantie auf erstes Anfordern im Rahmen von Bauverträgen 2389

Gesellschaftsrecht

Bundesgerichtshof 4.10.2004 Keine Entziehung eines mitgliedschaftlichen Arbeitsrechts eines Kommanditisten ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes 2390

Bundesgerichtshof 11.10.2004 Zur Frage der Berechnung der im Sicherungsfall vom Träger der Insolvenzversicherung gemäß § 7 BetrAVG dem Versorgungsempfänger oder dessen Hinterbliebenen zu erbringenden Leistung 2392

Bundesgerichtshof 11.10.2004 Zur Frage der Berechnung der im Sicherungsfall vom Träger der Insolvenzversicherung gemäß § 7 BetrAVG dem Versorgungsempfänger oder dessen Hinterbliebenen zu erbringenden Leistung 2393

Bürgerliches Recht und Handelsrecht

Bundesgerichtshof 8.4.2004 Zum Nutzungsherausgabeanspruch der Conference on Jewish Material Claims against Germany Inc. gegen den gesetzlichen Vertreter der unbekanntenen Erben des früheren jüdischen Eigentümers 2394

Bundesgerichtshof 29.4.2004 Zur Frage, ob „Service-Coupons“ über Dienste aus Geschäftsbesorgungsverträgen sog. kleine Inhaberpapiere (§ 807 BGB) sind; Inkassoleistungen als Dienste höherer Art (§ 627 Abs. 1 BGB) 2398

Bundesgerichtshof 21.10.2004 Zur Annahme eines Fernabsatzvertrages, wenn bei Vertragsschluss ein Bote eingeschaltet wird, der zwar in unmittelbarem Kontakt zum Verbraucher tritt, jedoch über den Vertragsinhalt keine näheren Auskünfte geben kann und soll 2399

Wettbewerbsrecht

Bundesverfassungsgericht	26.10.2004	Zu den verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Klagebefugnis von Steuerberaterkammern nach § 13 Abs. 2 UWG wegen einer Verletzung von Berufspflichten, die zugleich wettbewerbswidrig ist; zum Werberecht freiberuflich Tätiger	2402
Bundesgerichtshof	9.2.2004	Zur Wirksamkeit der Bestimmung, dass ein Vertrag nichtig ist, der vor Ablauf einer Frist von 14 Kalendertagen seit der schriftlichen Abgabe der Information über die vorgesehene Nichtberücksichtigung abgeschlossen worden ist	2405
Bundesgerichtshof	10.2.2004	Zur Verbindung von Telefonnetzen; zu den Voraussetzungen des besonderen Netzzugangs im Sinne des § 35 Abs. 1 TKG und zu den dafür zulässigen Entgelten	2410

Berichtigung

Bundesgerichtshof	13.9.2004	Zur Prospekthaftung einer ausländischen Investmentgesellschaft, die Investmentanteile vertreibt, und zu ihrer Haftung aus c.i.c. und unerlaubter Handlung (§ 823 Abs. 2 BGB i.V.m. §§ 2, 8 AuslInvestmG); zur Frage der Schadensersatzpflicht der inländischen Funktionsträger der Gesellschaft aus § 826 BGB	2414
-------------------	-----------	---	------

Dokumentation

Deutsche Rechtspolitik aktuell	1. Gesetz zur Anpassung von Verjährungsvorschriften an das Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts; 2. Gesetz zur Einführung der Europäischen Gesellschaft (SEEG); 3. Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2002/87/EG (Finanzkonglomeraterichtlinie-Umsetzungsgesetz)	2414
--------------------------------	---	------

Bücherschau

Klaus J. Hopt/Eddy Wymeersch	Capital Markets and Company Law	2416
	Rezensent: Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Groß, Frankfurt a.M.	

Die mit ♦ gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem * gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Professor Dr. Franz Häuser, Universität Leipzig; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Rechtsanwalt Dr. Jürgen Than, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Frankfurt am Main; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Stephan Steuer, stellv. Hauptgeschäftsführer und Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Dr. Gero Fischer, Vors. Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Gößmann, Leiter der Rechtsabteilung der HSH Nordbank AG, Hamburg/Kiel; Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, Hamburg; Rechtsanwalt Jochen Lehnhoff, Mitglied des Vorstandes des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V., Berlin; Rechtsanwalt Professor Dr. Hans-Jürgen Lwowski, Hamburg; Professor Dr. Peter O. Mühlert, Direktor des Instituts für deutsches und internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz; Dr. Joachim Siol, Richter am Bundesgerichtshof a.D., Ettlingen

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Ernst Padberg, Bad Homburg

Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange, (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.com; Lektorat: Dr. Monika Diakité, (0 69) 27 32-172, E-Mail: m.diakite@wmrecht.com; Sekretariat: Elina Vykoukal, (0 69) 27 32-188, E-Mail: e.vykoukal@wmrecht.com

Anzeigen: Dr. Jens Zinke, (0 69) 27 32-265, E-Mail: j.zinke@wmrecht.com; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-253; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: Central-Druck Trost GmbH & Co. KG, Industriestraße 2, 63150 Heusenstamm, Telefon (0 61 04) 60 60

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 72,90 (einschl. 7% MwSt. € 4,77) + € 5,95 Versandkostenzuschlag (einschl. € –,39 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 7,45 Versandkostenzuschlag.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2004 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verfasser vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilung.com

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV